Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 3

Artikel: "Braucht denn euer Reichtum so viel Platz?" : Wege aus der Krise der Asylpolitik
Autor: Laager, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143185

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hugo Laager

«Braucht denn euer Reichtum so viel Platz?»
Wege aus der Krise der Asylpolitik

Vor gut einem Jahr liess Nationalrat Hofmann von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in einem Artikel 10'000 Tamilen auf Bern marschieren. Zur gleichen Zeit wurden die «Tamilen im Bahnhof Bern» in der ganzen Schweiz zum Gesprächsthema. Ich selber versuchte damals noch an einem Stand des Christlichen Friedensdienstes (cfd), gegen die beabsichtigte Asylgesetzrevision zu argumentieren und bekam dabei in direkten Auseinandersetzungen zu spüren, wie «unser Boot» in einen Strudel geraten war, in welchem es endlos im Kreis zu treiben drohte.

Asylgesetz als Schönwetterprogramm

In den Strudel war das Boot geraten, als die Zahl der Asylsuchenden aus Drittweltländern in unserem Land massiv zugenommen hatte. Die Tamilen sind dafür nur ein Beispiel, zahlenmässig nicht einmal das bedeutendste. Plötzlich war es nicht mehr möglich, zu hören und zu schauen, wo die Probleme liegen und wie wir in der konkreten Situation handeln können. Die Asylsuchenden, die nicht aus einem osteuropäischen oder neuerdings indo-chinesischen Land vor den kommunistischen Verfolgern in unseren liberalen Staat geflüchtet waren, passten nicht mehr ins (alte) Schema. Es waren für uns «wildfremde Leute», über deren Herkunftsländer wir kaum Informationen besassen.

Die komplexen Hintergründe einer Flucht passten kaum mehr zur Vorstellung der individuellen politischen Verfolgung, wie sie im Flüchtlingsbegriff des Asylgesetzes umschrieben ist. Mit Misstrauen und Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Asylsuchenden traten die offiziellen Stellen diesen Menschen entgegen.

So wurden immer weniger Gesuche positiv entschieden, und der Stapel der unerledigten wuchs ins Unübersehbare. Das Asylgesetz erwies sich als Schönwetterprogramm, denn man hatte nicht mit d i e s e n Asylsuchenden gerechnet. Normalerweise schützen Gesetze vor Missbräuchen; hier begannen gerade umgekehrt rechtsradikale Politiker die grosse Mehrheit der Asylsuchenden des Rechtsmissbrauchs zu bezichtigen, bloss weil diese es wagten, das Asylgesetz für sich zu beanspruchen, und ein Asylgesuch stellten.

Der Staat ergriff eine ganze Reihe von Massnahmen um die «Missbräuche» einzudämmen. Zuerst wurde der Zugang zur Gesuchstellung erschwert. Schärfere Grenzkontrollen, Visumspflicht und systematische Rückweisungen in die Nachbarstaaten waren die Mittel.

Ghettoisierung der Asylsuchenden

Das Boot aber begann noch schneller im Strudel zu kreisen, als die Steuerleute versuchten, die Attraktivität der Schweiz als Asylland zu vermindern. Mit der Verordnung von obligatorischem Zentrumsaufenthalt, mit Arbeitsverboten und der Abgabe von Naturalien statt Geld wollten sie dieses Ziel erreichen. Doch tatsächlich betrieben sie damit Integrationsbehinderung und Ghettoisierung der Asylsuchenden.

Die unbeschäftigten Tamilen trafen sich oft im Bahnhof Bern. Sie fielen dort

auf, und prompt heizten fremdenfeindliche Kreise die Stimmung in der Bevölkerung gegen die Fremdlinge an. In der Folge stiessen die Behörden bei ihren Bemühungen, neue Unterkünfte zu finden, auf Ablehnung. Dann machten obdachlose und unbeschäftigte Asylsuchende Schlagzeilen wegen Ausschreitungen. Der Strudel drehte schneller und schneller.

Wo eine starke Strömung fliesst, gibt es aber bestimmt auch ein Widerwasser. Noch strömte es kaum merklich. Aber die Gegenbewegung existierte schon an vielen Orten.

Arbeit für eine bessere Verständigung

Erst vor einem Jahr ging ich als Sozialarbeiter zu den betroffenen Tamilen. Ich musste Vorbehalte überwinden, um diesen Schritt zu tun. Das Gefühl, nichts Genaues zu wissen und auch nichts Bestimmtes anbieten zu können, machte mich vorsichtig und zurückhaltend. Dann aber erfuhr ich, dass es am Anfang wichtiger war, zu hören und zu schauen, als mit fertigen Vorstellungen hinzugehen. Die Tamilen erzählten mir, dass sie oft nicht wüssten, was in den Zeitungen über sie steht, dass sie neue Bestimmungen nicht begreifen würden oder Reaktionen von Schweizern nicht verstehen könnten. So entstand eine tamilische Zeitung, die seit Sommer 1984 regelmässig erscheint. Über die Auswahl der Artikel und das Konzept der Zeitung bestimmen die Tamilen selber. Ich lernte unterdessen viele kennen, die die ablehnende Haltung ihnen gegenüber nicht einfach hinnehmen wollten. Die Stimmung gegen sie erinnere sie zwar manchmal an ihre Heimat, sagten sie mir, aber die Situation sei hier doch wenigstens so, dass ihr Leben in Sicherheit sei. Viele Schweizer seien nicht oder dann nur durch Schlagzeilen oder Gerüchte informiert, und viele Tamilen hätten die Vorstellungen über unser Leben bloss aus den amerikanischen Fernsehserien, die in Sri Lanka zu sehen seien. Es müsste doch Möglichkeiten geben, einander besser kennenzulernen.

Wir wollten die Bedürfnisse der Betroffenen ernst nehmen und unsere Arbeit für eine bessere Verständigung weiterführen. Zwar mussten wir immer wieder zugeben, dass wir selber schwach sind und gegen die offizielle Politik oft nichts ausrichten können. Um so wichtiger waren deshalb die kleinen Schritte in der engen Zusammenarbeit mit den Tamilen. Wir versuchten immer wieder, ihnen selber an Informationsveranstaltungen und Begegnungsanlässen, aber auch an einem Fasten- und Protesttag die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Stimme zu gebrauchen und zur Situation Stellung zu nehmen.

In all den Hilfeleistungen für die Betroffenen war deren Eigeninitiative weitgehend vergessen worden. Diese entsteht und wächst aber nicht von selbst, sondern braucht Unterstützung. Die Asylsuchenden sind aus ihren gewachsenen Strukturen entwurzelt worden, und unsere Netze sind ihnen meist unbekannt. So entwickelte der cfd ein Konzept zur Unterstützung der Selbsthilfe und will dieses nun auch realisieren.

Vorerst sollen mindestens eine schweizerische und eine tamilische Person eng zusammenarbeiten mit der Aufgabe, Selbsthilfestrukturen aufzubauen. Die Betroffenen sollen aus dem Teufelskreis, der von der Aufgabe der Verantwortung für den eigenen Alltag über die Tatenlosigkeit zu psychosozialen Problemen führt, befreit und zu Eigeninitiative und Verantwortung ermutigt werden.

Freiplatzaktionen gegen Rückschaffung von Tamilen

Ein anderes Widerwasser begann anzuschwellen, als der Bundesrat die Rückschaffung von Tamilen am 1. Oktober 1984 grundsätzlich für möglich erklärte. In den Freiplatzaktionen und in einem grossen Inseratenaufruf sammelten sich vor allem kirchliche Kreise, um mit einem eigenen Beitrag für eine andere

Asylpolitik einzustehen. Die bisherige Politik zeigte ihnen, dass von den Behörden keine Verbesserung der Lage zu erwarten war. Die Zeichen standen und stehen heute noch in ganz Westeuropa auf Abschreckung der Asylsuchenden. Die Initianten der neuen Aktionen wollten deshalb nicht länger zuwarten, sondern als mitverantwortlicher Teil dieses Staates zur Veränderung beitragen.

Früher hatte der Staat immer wieder betont, dass eine wirksame Flüchtlingshilfe im Inland nur mit einem grossen Engagement der Bevölkerung zu leisten sei. Unterdessen passte aber die private Hilfe nicht mehr ins Konzept der Abschreckung, und der Staat begann, diese Hilfe mehr oder weniger bewusst zu behindern. In mehreren Kantonen wurde ein befristetes und im Kanton Bern sogar ein unbefristetes Arbeitsverbot ausgesprochen, und das Bundesamt für Polizeiwesen lehnte es ab, an privat plazierte mittellose Asylsuchende Fürsorgeleistungen zu zahlen. Diese letzte Bestimmung wurde unterdessen wieder aufgehoben. Die Auseinandersetzungen über die Arbeitsverbote und natürlich auch über die Rückschaffungspraxis werden allerdings noch längere Zeit andauern, und das Ringen um die öffentliche Meinung wird weitergehen.

Die Rolle der Hilfswerke

In welchem Wasser treiben nun die Hilfswerke? Sie beschränkten sich lange darauf, die Abschreckungspolitik generell abzulehnen. Ihnen ist im Asylgesetz für die Betreuung der Asylsuchenden keine Rolle zugedacht, denn dafür sind die Kantone zuständig. Aber auch durch die Übernahme einzelner Aufgaben für die Kantone konnten die Hilfswerke kaum Einfluss auf die Bundespolitik nehmen.

Nur langsam und erst vereinzelt wurden sie sich ihrer Verantwortung für die Aufklärung der Bevölkerung bewusst. Sie hatten sich in den früheren Jahren an eine relativ gute Kooperation mit den Bundesbehörden gewöhnt und taten sich jetzt schwer, erneut in eine Oppositionsrolle zu treten. Einzelne versuchten, nebst den offiziellen Aufträgen zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. So schlossen sich Caritas und Heks mit Entwicklungshilfe-Organisationen zusammen. Sie verfassten eine Studie zur Lage der Tamilen. Der cfd gab mit dem Heks zusammen die Unterrichtshilfe «Mit Tamilen im Gespräch» heraus. In verschiedenen Regionen wurden unabhängige Beratungsstellen und Rechtshilfen aufgebaut. Andere Hilfswerke beschränkten sich auf die Zentrenführung oder engagierten sich überhaupt nicht in diesem Arbeitsgebiet. Besonders für grosse und vielfältig verhängte Hilfswerke ist es schwierig, eindeutig Stellung zu nehmen.

In der nächsten Zeit ist nicht damit zu rechnen, dass die Flüchtlingsströme aus der Dritten Welt versiegen werden. Die Schweiz muss lernen, das Problem als internationale Aufgabe ernst zu nehmen und sich nicht hinter einem Stacheldraht zu verschanzen. Wir können uns kaum um eine Antwort auf die Frage eines tamilischen Taxifahrers an einen Schweizer drücken: «Arme Länder nehmen viele Flüchtlinge, reiche wollen keine. Braucht denn Euer Reichtum so viel Platz?»

Ich weiss, dass es Schweizer gibt, die schlecht über uns denken. Ich sehe es ihren Gesichtern an, auf der Strasse, im Bus oder im Zug. Manchmal machen sie auch Grimassen. Manchmal merke ich, dass sie über mich sprechen oder sich über mich lustig machen. Meistens verstehe ich nicht genau, was sie sagen. Ich bin dann sehr traurig und hilflos, und würde am liebsten weinen.

(Aus: Mit Tamilen im Gespräch, hg. von CFD/HEKS, S. 7)